

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 5. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Verzeichnis der wichtigsten verwendeten Abkürzungen	XIX
Literatur	XXIII
A. Einleitung der Betreuung	1
B. Änderungen im Betreuungsbedarf	53
C. Betreuerwechsel	71
D. Mehrere Betreuer	93
E. Einwilligungsvorbehalt	107
F. Ärztliche Eingriffe	117
G. Sterilisation	133
H. Freiheitsentziehende Unterbringung	141
I. Freiheitsentziehende Maßnahmen	169
J. Zwangsmaßnahmen und Gewalt	183
K. Einstweilige Maßnahmen	221
L. Anträge zum Mietrecht	253
M. Vermögenssorge	263
N. Vermögensverzeichnis und Berichte des ehrenamtlichen und beruflichen Betreuers	333
O. Anträge von ehrenamtlichen und beruflichen Betreuern auf Vergütungsfestsetzung gegen den nicht mittellosen Betreuten	355
P. Anträge von ehrenamtlichen und beruflichen Betreuern auf Vergütungsfestsetzung und/oder auf Aufwendungsersatz zu Lasten der Staatskasse	399
Q. Anträge nach dem Tod des Betreuten/Abrechnung mit den Erben ..	423
R. Vergütung des Verfahrenspflegers	429
S. Rechtsmittel gegen richterliche Entscheidungen	433
T. Rechtsmittel gegen Beschlüsse des Rechtspflegers am Betreuungsgericht	459
U. Rechtsmittel der Betreuer und Verfahrenspfleger gegen ganz oder teilweise ablehnende Vergütungs- und Auslagenersatzbeschlüsse	465

Inhaltsübersicht

V. Vollmacht, Betreuungsverfügung und Patientenverfügung	469
W. Weitere Anträge zur Personensorge	503
X. Anträge der beruflichen Betreuer auf Registrierung bei der Stamm- behörde und auf Vergütungsfeststellung beim Amts- oder Land- gericht	519
Sachverzeichnis	537

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 5. Auflage	V
Inhaltsübersicht	VII
Verzeichnis der wichtigsten verwendeten Abkürzungen	XIX
Literatur	XXIII
A. Einleitung der Betreuung	1
A.1. Anregung eines nahen Angehörigen zur Betreuerbestellung	1
A.2. Anregung eines Nachbarn zur Betreuerbestellung	18
A.3. Anregung einer ausschließlich drittschützenden Betreuung	21
A.4. Anregung eines Rechtsanwaltes/Arztes zur Betreuerbestellung für eine Person, die versucht hat, ihn zu beauftragen	24
A.5. Antrag des Betroffenen selbst auf Betreuerbestellung	29
A.6. Anregung der Eltern einer Minderjährigen zu einer vorsorglichen Betreuerbestellung und Anordnung eines vorsorglichen Einwilligungsvorbehaltes	31
A.7. Anregung einer umfassenden Betreuung verbunden mit einem konkreten Betreuervorschlag	35
A.8. Anregung zur Bestellung eines Kontrollbetreuers	39
A.9. Mitteilung eines nahen Angehörigen, dass die richterliche Anhörung, die Überlassung des Betreuungsgutachtens und die Bekanntgabe der Gründe des Beschlusses zu schweren gesundheitlichen Schäden führen würden	44
A.10. Anregung einer Betreuung für eine psychisch kranke Person im Bereich der Gesundheitsorge, der seine sonstigen Angelegenheiten selbst besorgen kann; schubweise auftretende Erkrankung	47
B. Änderungen im Betreuungsbedarf	53
B.1. Anregung des Betroffenen selbst zur Einschränkung einer bestehenden Betreuung	53
B.2. Anregung des Betreuers zur Erweiterung einer bestehenden Betreuung auf die Postkontrolle	56
B.3. Anregung des Betreuers zur Aufhebung einer bestehenden Betreuung ..	59
B.4. Antrag auf Aufhebung der Betreuung durch den Betroffenen nach Betreuungseinrichtung auf eigenen Antrag	62
B.5. Mitteilungen an das Betreuungsgericht im Zusammenhang mit der bevorstehenden Verlängerung der Betreuung oder des Einwilligungsvorbehaltes	64
B.6. Mitteilung des Todes des Betroffenen an das Betreuungsgericht	68
C. Betreuerwechsel	71
C.1. Antrag des Betroffenen auf Betreuerwechsel unter Benennung eines gleich geeigneten Betreuers	71
C.2. Antrag des Betreuers auf Betreuerwechsel wegen Unzumutbarkeit	74
C.3. Anregung eines Betreuerwechsels wegen Ungeeignetheit des Betreuers ..	77
C.4. Anregung eines Betreuerwechsels aus sonstigen wichtigen Gründen ...	82
C.5. Mitteilung an das Betreuungsgericht vom Tod des Betreuers durch den Erben des verstorbenen Betreuers	84

C.6. Widerruf einer ursprünglich gegenüber dem Betreuungsgericht erteilten Erklärung, zur Übernahme der Betreuung bereit zu sein	85
C.7. Mitteilung des beruflichen Betreuers, des Betreuungsvereins oder der Betreuungsbehörde, dass die Betreuung durch einen ehrenamtlichen Betreuer wahrgenommen werden kann	89
D. Mehrere Betreuer	93
D.1. Antrag auf Bestellung eines weiteren Betreuers; hier geteilte Mitbetreuung	93
D.2. Antrag auf gerichtliche Entscheidung, dass einer der Betreuer die Angelegenheiten des Betroffenen im Bereich der Aufenthaltsbestimmung alleine besorgen kann (bei Meinungsverschiedenheiten mehrerer Betreuer; hier gemeinschaftliche Mitbetreuer)	96
D.3. Anregung einer Ergänzungsbetreuung wegen rechtlicher Verhinderung des bestellten Betreuers	100
D.4. Anregung einer vorsorglichen Verhinderungsbetreuung wegen tatsächlicher Verhinderung des bestellten Betreuers	103
D.5. Hinweis zum Gegenbetreuer	105
E. Einwilligungsvorbehalt	107
E.1. Anregung eines Einwilligungsvorbehaltes durch die Betreuerin wegen erheblicher Vermögensgefährdung	107
E.2. Anregung eines Einwilligungsvorbehaltes im Bereich der Aufenthaltsbestimmung zur Abwendung von Gefahr für die Person des Betroffenen	113
F. Ärztliche Eingriffe	117
F.1. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung seiner Einwilligung in eine Herzoperation	117
F.2. – <i>In dieser Auflage nicht belegt</i> –	122
F.3. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung seiner Einwilligung in die Elektrokrampftherapie (EKT)	123
F.4. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung seiner Einwilligung in den Abbruch der Ernährung durch eine PEG-Magensonde	125
F.5. Antrag der Bevollmächtigten auf betreuungsgerichtliche Genehmigung seiner Einwilligung in eine Herzoperation	129
G. Sterilisation	133
G.1. Anregung des Betreuers zur Bestellung eines weiteren Betreuers, der über die Einwilligung in eine Sterilisation entscheidet	133
G.2. Antrag des Sterilisationsbetreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung der Einwilligung in die Sterilisation	138
H. Freiheitsentziehende Unterbringung	141
H.1. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung der Unterbringung des Betroffenen wegen Eigengefährdung	141
H.2. Antrag der Betreuerin auf betreuungsgerichtliche Genehmigung der Unterbringung des Betroffenen wegen Erforderlichkeit einer Heilbehandlung	149
H.3. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung der Unterbringung des Betroffenen wegen Eigengefährdung verursacht durch Reaktionen Dritter	152

H.4. Antrag der Betreuerin auf Verlängerung der Unterbringung	156
H.5. Antrag der Betreuerin auf betreuungsgerichtliche Genehmigung der endgültigen Unterbringung nach vorangegangener Unterbringung im Wege der einstweiligen Anordnung	157
H.6. Anzeige der Beendigung der Unterbringung	159
H.7. Antrag der Betreuerin auf nachträgliche Genehmigung der Unterbringung des Betroffenen wegen Gefahr in Verzug	161
H.8. Antrag des Bevollmächtigten auf betreuungsgerichtliche Genehmigung der Unterbringung des Vollmachtgebers wegen Eigengefährdung	164
H.9. Freiwilligkeitserklärung bezüglich einer Unterbringung	166
I. Freiheitsentziehende Maßnahmen	169
I.1. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung zur Beschränkung der persönlichen Freiheit des Betroffenen mittels Bettgitters außerhalb einer geschlossenen Unterbringung	169
I.2. Antrag der Betreuerin auf betreuungsgerichtliche Genehmigung zum zeitweisen Abschließen des Zimmers bei Aufenthalt in einer stationären Einrichtung	175
I.3. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung von frei- heitsentziehenden Maßnahmen bei bereits untergebrachten Personen ...	176
I.4. Antrag der Betreuerin auf Verlängerung der freiheitsentziehenden Maßnahmen	179
I.5. Anzeige der Beendigung der freiheitsentziehenden Maßnahmen	180
I.6. Antrag des Bevollmächtigten auf betreuungsgerichtliche Genehmigung der Durchführung von freiheitsentziehenden Maßnahmen beim Vollmachtgeber wegen Eigengefährdung	181
I.7. Freiwilligkeitserklärung bezüglich einer freiheitsentziehenden Maßnahme	182
J. Zwangsmaßnahmen und Gewalt	183
Vorbemerkungen	183
J.1.a. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung einer ärztlichen Zwangsmaßnahme in einem stationären Krankenhaus	184
J.1.b. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung einer ärztlichen Zwangsmaßnahme sowie zwangsweise Verbringung zur stationären Behandlung	191
J.1.c. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung einer ärztlichen Zwangsmaßnahme nebst Unterbringung für die Dauer von deren Durchführung sowie Genehmigung der zwangsweisen Zuführung des Betroffenen ins Krankenhaus durch die Behörde	195
J.2. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung von mehrfachen ärztlichen Zwangsmaßnahmen sowie freiheitsentziehender Maßnahmen bei bereits bestehender geschlossener Unterbringung	199
J.3. Antrag auf richterliche Gestattung des zwangsweisen Betretens der Wohnung gegen den Willen des Betroffenen zur Erhaltung der Wohnung wegen Vermüllungsgefahr	203
J.4. Antrag auf gerichtliche Gestattung der Einwilligung des Betreuers in das zwangsweise Baden eines untergebrachten Betroffenen gegen dessen Willen	208
J.5. Mitteilung des Sachverständigen an das Gericht, dass der Betroffene nicht freiwillig am Verfahren teilnimmt	214

J.6. Mitteilung des Betreuers an das Gericht, dass für die beabsichtigte Unterbringung Gewalt erforderlich ist, und Antrag auf Genehmigung von Zwangsmaßnahmen	217
K. Einstweilige Maßnahmen	221
K.1. Anregung einer vorläufigen Betreuung wegen Gefahr im Verzug im Wege der einstweiligen Anordnung	221
K.2. Anregung der sofortigen Entlassung des Betreuers nach § 300 Abs. 2 FamFG	226
K.3. Anregung einer vorläufigen Betreuung unter gleichzeitiger Anregung, die Notwendigkeit einer vorläufigen Unterbringung des Betroffenen wegen Eigengefährdung zu überprüfen (jeweils im Wege der einstweiligen Anordnung)	228
K.4. Antrag des Betreuers auf vorläufige betreuungsgerichtliche Genehmigung einer Unterbringung zur Heilbehandlung, einer ärztlichen Zwangsmaßnahme sowie freiheitsbeschränkenden Maßnahmen im Wege der einstweiligen Anordnung	233
K.5. Antrag der Betreuerin auf betreuungsgerichtliche Genehmigung der Unterbringung des Betroffenen zur Alkoholentgiftung im Wege der einstweiligen Anordnung	239
K.6. Antrag auf Einrichtung einer vorläufigen Betreuung und zugleich betreuungsgerichtliche Genehmigung der Unterbringung des Betroffenen nebst ärztlicher Zwangsbehandlung im Wege der einstweiligen Anordnung bei Magersucht	243
K.7. Anregung des Betreuers bei der unteren Verwaltungsbehörde, wegen Fremdgefährdung die Voraussetzungen für die Beantragung einer öffentlich-rechtlichen Unterbringung im Wege der einstweiligen Anordnung zu prüfen (Beispiel Baden-Württemberg – PsychKHG BW –)	248
L. Anträge zum Mietrecht	253
Vorbemerkungen	253
L.1. Antrag auf Genehmigung eines Mietvertrages über Wohnraum gem. § 1853 Abs. 1 BGB, den die Betreute nicht bewohnt hat und nicht bewohnen wird	253
L.2. Antrag auf Prüfung und Genehmigung der Kündigung des Mietverhältnisses gem. § 1833 Abs. 3 Nr. 1 BGB über die vom Betreuten selbst bewohnte Wohnung	256
L.3. Antrag auf Genehmigung der einverständlichen Aufhebung des Mietverhältnisses gem. § 1833 Abs. 3 Nr. 2 BGB über die von der Betreuten bewohnte Wohnung	259
L.4. Mitteilung an das Betreuungsgericht gem. § 1833 Abs. 2 S. 2 BGB über die vom Vermieter ausgesprochene Kündigung des Mietvertrages des Betreuten	261
M. Vermögenssorge	263
Vorbemerkungen	263
M.1. Anzeige der Betreuerbestellung für einen nicht geschäftsfähigen Betreuten an die Bank	263
M.2. Anzeige der Betreuerbestellung für einen geschäftsfähigen Betreuten an die Bank	267
M.3. Schreiben an alle Banken im Umkreis wegen Auskunft	268
M.4. Anweisung an die Bank, das Girokonto des Betreuten weiterzuführen ..	269

M.5a. Eröffnung eines Girokontos gem. § 1846 Abs. 1 Nr. 1 BGB für den Betreuten	270
M.5b. Eröffnung eines Pfändungsschutzkontos gem. § 1846 Abs. 1 Nr. 1 BGB für den Betreuten	272
M.5c. Umstellung eines Girokontos auf Online-Banking	274
M.6. Aufforderung an die Bank, gem. § 1845 BGB ein Sparkonto mit einem Sperrvermerk zu versehen	275
M.7. Antrag des Betreuers auf Erteilung einer allgemeinen Ermächtigung zur Abhebung und Überweisung von einem Sparkonto mit Guthaben über 3.000 EUR, § 1860 Abs. 1 BGB	277
M.8. Anzeige des Betreuers zur Auflösung eines Girokontos und Eröffnung eines neuen Girokontos mit Überziehungskredit gem. §§ 1846, 1849 BGB	278
M.9. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung eines Kreditvertrages, § 1854 Nr. 2 BGB	280
M.10. Antrag auf betreuungsgerichtliche Genehmigung der Anlage von Termingeld bei einer Volksbank oder vergleichbaren Kreditinstitut	282
M.11. – <i>In dieser Auflage nicht belegt</i> –	284
M.12. Antrag auf Genehmigung des Betreuungsgerichts zum Ankauf von Aktien gem. § 1848 BGB für den Betreuten	284
M.13. Übersicht über die Genehmigungspflichten für Verfügungen des Betreuers über das Girokonto des Betreuten	286
M.14. Antrag auf betreuungsgerichtliche Genehmigung der Verpfändung eines Sparguthabens zur Sicherung eines Kredits	287
M.15. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung der Veräußerung eines Grundstücks/einer Immobilie des Betreuten gem. § 1850 Nr. 1 und Nr. 5 BGB	288
M.16. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung der Belastung eines Grundstücks/einer Eigentumswohnung des Betreuten mit einer Grundschuld, § 1850 Nr. 1 BGB	291
M.17. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung des Verzichts auf einen Pflichtteil des Betreuten gem. § 1851 Nr. 1 BGB ..	292
M.18. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung der Ausschlagung einer Erbschaft, § 1851 Nr. 1 BGB	294
M.19. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung eines Pachtvertrages über einen gewerblichen Betrieb, § 1853 S. 1 Nr. 2 BGB	296
M.20. – <i>In dieser Auflage nicht belegt</i> –	298
M.21. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung zur Eingehung einer Bürgschaft gem. § 1854 Nr. 5 BGB	298
M.22. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung eines gerichtlichen Vergleichs, § 1854 Nr. 6 BGB	300
M.23. Eröffnung der betreuungsgerichtlichen Genehmigung gem. § 1856 BGB	302
M.24a. Antrag auf Leistungen der Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung gem. §§ 41 ff. SGB XII im Rahmen der Sozialhilfe	303
M.24b. Antrag auf Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) gem. §§ 56 – 72 SGB III bei der Agentur für Arbeit	305
M.24c. Antrag auf Bürgergeld gem. SGB II beim Jobcenter	307
M.24d. Antrag auf Leistungen bei der Rentenversicherung gem. § 43 SGB VI (Erwerbsminderungsrente)	308
M.25. Antrag des Betreuers auf Wohngeld gem. WoGG	310
M.26. Antrag auf Befreiung von den Rundfunkbeiträgen	311

M.27. Antrag auf Leistungen der Pflegeversicherung im Bereich der häuslichen Pflege gem. SGB XI	313
M.28. Antrag auf Leistungen der vollstationären Pflege gem. SGB XI	315
M.29a. Antrag auf teilweise Befreiung von der Zuzahlung zu den Kosten der Arznei-, Verband- und Heilmittel gem. § 62 SGB V	317
M.29b. Antrag auf Erstattung von Beihilfe zu medizinischen Leistungen und Aufwendungen	318
M.30. Antrag auf Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft gem. § 152 SGB IX und Ausgabe einer Wertmarke	319
M.31. Aufforderung an die stationäre Pflegeeinrichtung, halbjährlich Auskunft über den Stand des Verwahrgeldkontos zu geben	321
M.32. Korrespondenz mit einem Gläubiger	323
M.33. Korrespondenz mit einem Gerichtsvollzieher	325
M.34. Antrag auf Leistungen der Eingliederungshilfe	327
M.35. Korrespondenz mit der Schuldnerberatungsstelle im Vorfeld der Erstberatung und zur Abklärung der Erforderlichkeit eines Verbraucherinsolvenzverfahrens	329
N. Vermögensverzeichnis und Berichte des ehrenamtlichen und beruflichen Betreuers	333
Vorbemerkungen	333
N.1. Vom Betreuer mit dem Aufgabenbereich Vermögenssorge einzureichendes Vermögensverzeichnis gem. § 1835 BGB zu Beginn der Betreuung	334
N.2. Ergänzung des Vermögensverzeichnisses nach Vermögenszuwachs gem. § 1835 Abs. 1 S. 3 BGB	337
N.3a. Anfangsbericht gem. § 1863 Abs. 1 BGB	338
N.3b. Jahresbericht über die persönlichen Verhältnisse der Betreuten gem. § 1863 Abs. 3 BGB und Rechnungslegung gem. § 1865 BGB	341
N.4. Schlussrechnungslegung und Herausgabe des Vermögens an den Betreuten nach Aufhebung der Betreuung gem. § 1872 BGB	347
N.5. Übergabeprotokoll/Empfangsbescheinigung im Rahmen eines Betreuerwechsels	348
N.6. Schlussbericht nach dem Tod des Betreuten gem. § 1863 Abs. 4 BGB ..	350
O. Anträge von ehrenamtlichen und beruflichen Betreuern auf Vergütungsfestsetzung gegen den nicht mittellosen Betreuten	355
Vorbemerkungen	355
O.1. Antrag des bereits vor dem 1.1.2020 bestellten beruflichen Betreuers (Bestandsbetreuer) auf Vergütungsfestsetzung gem. §§ 8, 9 VBVG gegen einen nicht mittellosen Betreuten im 1. Jahr der Betreuung (keine stationäre Einrichtung)	362
O.2. Antrag des bereits vor dem 1.1.2020 bestellten beruflichen Betreuers (Bestandsbetreuer) auf Vergütungsfestsetzung gem. §§ 8, 9 VBVG gegen eine nicht mittellose Betreute im 2. Jahr der Betreuung (keine stationäre Einrichtung)	371
O.3. Antrag des bereits vor dem 1.1.2020 bestellten beruflichen Betreuers (Bestandsbetreuer) auf Vergütungsfestsetzung gem. §§ 8, 9 VBVG gegen einen nicht mittellosen Betreuten im 1. Jahr der Betreuung (stationäre Einrichtung)	372
O.4. Antrag des bereits vor dem 1.1.2020 bestellten beruflichen Betreuers (Bestandsbetreuer) auf Vergütungsfestsetzung gem. §§ 8, 9 VBVG gegen	

eine nicht mittellose Betreute im 2. Jahr der Betreuung (stationäre Einrichtung)	374
O.5. Antrag des nach dem 1.1.2020 erstmals bestellten beruflichen Betreuers (Bestandsbetreuer) auf Vergütungsfestsetzung gem. §§ 18, 19 VBVG iVm § 4 Abs. 4 VBVG aF gegen einen nicht mittellosen Betreuten ab dem 3. Jahr der Betreuung (keine stationäre Einrichtung)	375
O.6. Antrag des nach dem 1.1.2023 erstmals bestellten Neubetreuers auf Vergütungsfestsetzung gem. §§ 8, 9 VBVG gegen einen nicht mittellosen Betreuten für die ersten 3 Monate der Betreuung (keine stationäre Einrichtung)	377
O.7. Antrag des Betreuungsvereines auf Vergütungsfestsetzung gem. § 13 Abs. 1 VBVG gegen einen nicht mittellosen Betreuten im 1. Jahr der Betreuung (stationäre Einrichtung)	378
O.8. Antrag des Betreuungsvereines auf Vergütungsfestsetzung gem. § 13 Abs. 1 VBVG gegen einen nicht mittellosen Betreuten im 2. Jahr der Betreuung (stationäre Einrichtung)	381
O.9. Antrag des Betreuungsvereines auf Vergütungsfestsetzung gem. § 13 Abs. 1 VBVG gegen einen nicht mittellosen Betreuten im 1. Jahr der Betreuung (keine stationäre Einrichtung)	383
O.10. Antrag des Betreuungsvereines auf Vergütungsfestsetzung gem. § 13 Abs. 1 VBVG gegen einen nicht mittellosen Betreuten im 5. Jahr der Betreuung (keine stationäre Einrichtung)	385
O.11. Antrag der Betreuungsbehörde auf Vergütungsfestsetzung gem. § 14 Abs. 1 VBVG gegen einen nicht mittellosen Betreuten	386
O.12. Antrag des Rechtsanwalts als Betreuer – ohne Vermögenssorge – auf Festsetzung von Aufwendungsersatz für berufliche Dienste gem. § 1877 Abs. 3 BGB gegen einen nicht mittellosen Betreuten	389
O.13. Antrag des Rechtsanwalts auf Vergütungsfestsetzung als ehrenamtlicher Betreuer gem. § 1876 BGB gegen einen nicht mittellosen Betreuten ..	391
O.14. Antrag des ehrenamtlichen Betreuers auf Vergütungsfestsetzung gem. § 1876 BGB gegen eine nicht mittellose Betreute	395
P. Anträge von ehrenamtlichen und beruflichen Betreuern auf Vergütungsfestsetzung und/oder auf Aufwendungsersatz zu Lasten der Staatskasse	399
Vorbemerkungen	399
P.1. Antrag des bereits vor dem 1.1.2020 bestellten beruflichen Betreuers (Bestandsbetreuer) auf Vergütungsfestsetzung gem. §§ 8, 9, 16 VBVG zu Lasten der Staatskasse im 1. Jahr der Betreuung (keine stationäre Einrichtung)	399
P.2. Antrag des bereits vor dem 1.1.2020 bestellten beruflichen Betreuers (Bestandsbetreuer) auf Vergütungsfestsetzung gem. §§ 8, 9, 16 VBVG zu Lasten der Staatskasse ab dem 3. Jahr der Betreuung (keine stationäre Einrichtung)	403
P. 3. Antrag des bereits vor dem 1.1.2020 bestellten beruflichen Betreuers (Bestandsbetreuer) auf Vergütungsfestsetzung gem. §§ 8, 9, 16 VBVG zu Lasten der Staatskasse im 1. Jahr der Betreuung (stationäre Einrichtung)	404
P.4. Antrag des bereits vor dem 1.1.2020 bestellten beruflichen Betreuers (Bestandsbetreuer) auf Vergütungsfestsetzung gem. §§ 8, 9, 16 VBVG zu Lasten der Staatskasse im 2. Jahr der Betreuung (stationäre Einrichtung)	405

P.5. Antrag des nach dem 1.1.2020 erstmals bestellten beruflichen Betreuers (Bestandsbetreuer) auf Vergütungsfestsetzung gem. §§ 16, 18, 19 VBVG iVm § 4 Abs. 4 VBVG aF zu Lasten der Staatskasse ab dem 3. Jahr der Betreuung (stationäre Einrichtung)	406
P.6. Antrag des nach dem 1.1.2023 erstmals bestellten Neubetreuers auf Vergütungsfestsetzung gem. §§ 8, 9, 16 VBVG zu Lasten der Staatskasse für die ersten 3 Monate der Betreuung (stationäre Einrichtung)	408
P.7. Antrag des Betreuungsvereines auf Vergütungsfestsetzung gem. §§ 13 Abs. 1, 16 Abs. 1 VBVG zu Lasten der Staatskasse im 1. Jahr der Betreuung (keine stationäre Einrichtung)	409
P.8. Antrag des Betreuungsvereines auf Vergütungsfestsetzung gem. §§ 13 Abs. 1, 16 Abs. 1 VBVG zu Lasten der Staatskasse im 2. Jahr der Betreuung (keine stationäre Einrichtung)	411
P.9. Antrag des Betreuungsvereines auf Vergütungsfestsetzung gem. §§ 13 Abs. 1, 16 Abs. 1 VBVG zu Lasten der Staatskasse im 1. Jahr der Betreuung (stationäre Einrichtung)	413
P.10. Antrag des Betreuungsvereines auf Vergütungsfestsetzung gem. §§ 13 Abs. 1, 16 Abs. 1 VBVG zu Lasten der Staatskasse im 4. Jahr der Betreuung (stationäre Einrichtung)	414
P.11. Antrag des Rechtsanwalts als beruflicher Betreuer auf Festsetzung von Aufwändungsersatz für berufliche Dienste gem. §§ 1877 Abs. 3 BGB iVm § 16 Abs. 1 VBVG zu Lasten der Staatskasse	416
P.12. Antrag des ehrenamtlichen Betreuers auf Festsetzung von Aufwändungsersatz gem. §§ 1877, 1879 BGB zu Lasten der Staatskasse ..	418
P.13. Antrag des ehrenamtlichen Betreuers auf Festsetzung eines Vorschusses für Aufwendungen gem. §§ 1877, 1879 BGB zu Lasten der Staatskasse ..	420
P.14. Antrag des ehrenamtlichen Betreuers auf Zahlung der jährlichen Aufwandspauschale gem. §§ 1878 Abs. 1, 1879 BGB zu Lasten der Staatskasse	421
Q. Anträge nach dem Tod des Betreuten/Abrechnung mit den Erben ..	423
Q.1. Antrag auf Festsetzung der Betreuervergütung zu Lasten der Staatskasse bei unzulänglichem Nachlass	423
Q.2. Antrag des beruflichen Betreuers auf Vergütungsfestsetzung für Tätigkeiten nach dem Tod des Betreuten	425
Q.3. Außergerichtliche Abrechnung des beruflichen Betreuers mit den Erben des Betreuten	427
R. Vergütung des Verfahrenspflegers	429
R.1. Antrag des berufsmäßigen Verfahrenspflegers auf Vergütungsfestsetzung gem. § 277 Abs. 2 FamFG nach Beendigung der Verfahrenspflegschaft (Unterbringung)	429
S. Rechtsmittel gegen richterliche Entscheidungen	433
S.1. Beschwerde der Betroffenen (vertreten durch einen Rechtsanwalt) gegen eine Betreuungsanordnung	433
S.2. Beschwerde des Sohnes der Betroffenen in eigenem Namen mit dem Ziel, den erstinstanzlich bestellten Betreuer zu entlassen und ihn selbst zum Betreuer zu bestellen	441
S.3. Beschwerde des Verfahrenspflegers in eigenem Namen gegen die Unterbringung des Betroffenen	445
S.4. Beschwerde gegen die Unterbringung, wenn die Unterbringung bereits beendet ist (Erledigung der Hauptsache)	448

S.5. Rechtsbeschwerde des Betroffenen in eigenem Namen (vertreten durch einen Rechtsanwalt)	451
S.6. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	455
T. Rechtsmittel gegen Beschlüsse des Rechtspflegers am Betreuungsgericht	459
T.1. Beschwerde des Betreuers gegen die Ablehnung der beantragten Genehmigung zum Verkauf eines Grundstücks (oder ähnlichen Geschäfts) durch das Betreuungsgericht	459
T.2. – <i>In dieser Auflage nicht belegt</i> –	462
T.3. Antrag der Betreuerin auf Herabsetzung der von der Betroffenen an die Staatskasse zurückzuerstattenden Betreuungskosten	462
U. Rechtsmittel der Betreuer und Verfahrenspfleger gegen ganz oder teilweise ablehnende Vergütungs- und Auslagensatzbeschlüsse	465
U.1. Erinnerung des beruflichen Betreuers gegen teilweise ablehnenden Vergütungsbeschluss des Betreuungsgerichts	465
U.2. Beschwerde des berufsmäßig tätigen Verfahrenspflegers gegen die Vergütungsfestsetzung	467
V. Vollmacht, Betreuungsverfügung und Patientenverfügung	469
Vorbemerkungen	469
V.1. Vorsorgevollmacht	469
V.2. Vorsorgevollmacht nur im Bereich der freiheitsentziehenden Unterbringung, der freiheitsentziehenden Maßnahmen, der Zwangsbehandlung, der gefährlichen ärztlichen Eingriffe und des Abbruchs lebenserhaltender Maßnahmen	478
V.3. Generalvollmacht	480
V.4. Betreuungsverfügung	483
V.5a. Patientenverfügung	484
V.5b. Behandlungswille am Lebensende – Patientenverfügung in leichter Sprache	489
V.6. Antrag auf Genehmigung eines Widerrufs der vom Betroffenen erteilten Vollmacht durch den Kontrollbetreuer	491
V.7. Ehegattennotvertretungsgesetz gem. § 1358 BGB	494
V.8. Vollmacht zur Kontrolle des Hauptbevollmächtigten	497
V.9. Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen Vollmachtgeber und Bevollmächtigtem	498
W. Weitere Anträge zur Personensorge	503
W.1. Antrag des Betreuers auf Zulassung als Beistand des Betroffenen im Strafverfahren	503
W.2. Antrag des Betreuers auf betreuungsgerichtliche Genehmigung eines Antrags auf Ehescheidung eines geschäftsunfähigen Betroffenen	506
W.3. Strafantrag des Betroffenen vertreten durch den Betreuer	509
W.4. Umgangsverbot für Eltern mit dem behinderten volljährigen Kind	511
W.5. Verlangen der Herausgabe eines Betroffenen gegenüber der Tochter ..	513
W.6. Antrag an das Betreuungsgericht auf gerichtliche Anordnung der Herausgabe des Betroffenen	514
X. Anträge der beruflichen Betreuer auf Registrierung bei der Stammbehörde und auf Vergütungsfeststellung beim Amts- oder Landgericht	519
Vorbemerkungen	519

Inhaltsverzeichnis

X.1. Antrag auf Registrierung als Bestandsbetreuer, der vor dem 1.1.2023 länger als 3 Jahre als beruflicher Betreuer tätig ist gem. §§ 32 Abs. 2 S. 1, 24 BtOG	521
X.2. Antrag auf Registrierung als Bestandsbetreuer, der vor dem 1.1.2023 weniger als 3 Jahre als beruflicher Betreuer tätig ist gem. §§ 32, 24 BtOG	524
X.3. Antrag auf vorläufige Registrierung als Neubetreuer, der nach dem 1.1.2023 erstmalig als beruflicher Betreuer tätig werden will (ohne vollständigen Sachkundenachweis) gem. § 33 S. 1 BtOG	527
X.4. Antrag auf endgültige Registrierung als beruflicher Betreuer (Bestands- und Neubetreuer), bei dem alle Voraussetzungen für eine endgültige Registrierung – auch der vollständige Sachkundenachweis – vorliegen (§ 24 BtOG)	531
X.5. Antrag des beruflichen Betreuers auf Vergütungsfeststellung gem. § 8 Abs. 3 VBG	534
Sachverzeichnis	537